

DIE LINKE.

16. März 2009

Finanzkrise oder Systemkrise des Kapitalismus?

Von Elmar Altvater

In den vergangenen Jahrzehnten hat sich die kapitalistische Weltwirtschaft mehr und mehr in einen "finanzgetriebenen Kapitalismus" verwandelt. Die nationalen Staaten und internationalen Organisationen haben die Bildung der entscheidenden Preise auf den Weltmärkten aus der Hand gegeben und dem Agieren privater Akteure, also dem "freien Spiel der Kräfte" auf Märkten überlassen. Die Zinsen wurden nicht mehr von öffentlichen Einrichtungen, den Zentralbanken, festgelegt. Die Wechselkurse wurden ebenfalls der Konkurrenz von Banken und transnationalen Konzernen auf globalen Märkten ausgeliefert, und auch die Bildung der Preise für fossile Energie, insbesondere von Öl wurde immer mehr Angelegenheit der Märkte, einschließlich der Zukunftsmärkte für Zertifikate über Öl. Weil seit den 1970er Jahren die globalen Finanzmärkte die treibende Kraft der Globalisierung des Kapitalismus sind, brechen die Krisen heute mehr als in der Vergangenheit als Finanzkrisen aus. Erst in ihrem weiteren Verlauf werden sie zur Krise der "realen Ökonomie", obwohl das Kapital in seinem Kreislauf die "reale" Produktions- und Zirkulationssphäre ebenso wie die monetäre Sphäre von Geld und Finanzen durchmisst und der letzte Grund der Krise in der Überakkumulation des Kapitals gesucht werden muss. Die konkrete Krise ist daher immer finanzielle und reale Krise zugleich.

1. Die Sequenz von Finanzkrisen seit den 1970er Jahren

Finanzkrisen haben seit der Deregulierung der Finanz- und Währungsmärkte in den 1970er Jahren globale Reichweite. Dies heißt freilich nicht, dass alle Weltregionen gleichzeitig und gleichermaßen betroffen sind. Zunächst wurde die so genannte "dritte Welt" von finanziellen Turbulenzen nach der Liberalisierung der Finanz- und Währungsmärkte in den 1970er Jahren erfasst, wenn man von vergleichsweise leichten Währungskrisen (des britischen Pfund, der italienischen Lira etc.) nach dem Zusammenbruch des Bretton Woods-Systems 1971/ 73 und vor der Etablierung des Europäischen Währungssystems 1979 absieht. Das "Recycling" der "Petrodollars" nach dem Ölpreisschock von 1973 bestand in erster Linie darin, die Einnahmen der Ölexportureure mit Hilfe des US-amerikanischen Bankensystems an Kreditnehmer in der "dritten Welt" zu leiten. Das war günstig für die US-Währung, denn der US-Dollar konnte als Öl-Währung etabliert werden, obwohl er bis 1979 rapide an Wert verloren hatte. Das war von Vorteil für die US-Banken und die anderen international operierenden Banken in Zürich oder London und Frankfurt, die am recycling prächtig verdienen konnten. Das war eine Chance für Entwicklungsländer, die zunächst billig und ohne politische Auflagen (ganz anders als wenn sie IWF- oder Weltbankkredite aufgenommen hätten) an Kredite herankommen konnten. Doch die Zinsen blieben nicht niedrig, sie stiegen nach dem "Volcker-Schock" 1979 und dann in der Reagan-Ära in ungeahnte Höhen. Die Schuldenkrise der 1980er Jahre war unvermeidbar. Sie bescherte vielen Ländern Lateinamerikas, Afrikas und Asiens ein - hinsichtlich des Wachstums des BIP und der Bekämpfung der Armut - "verlorenes Jahrzehnt".

Die Schuldenkrise bot aber auch die Gelegenheit zur Änderung des Systems der "global governance" (in Anführungszeichen, denn den Begriff gab es damals noch nicht). Der IWF, der mit der Flexibilisierung der Wechselkurse seine im Jahre 1944 vereinbarte Funktion als Institution der Währungsstabilisierung verloren

hatte, wurde nun mit der Aufgabe betraut, die Fähigkeit zum Schuldendienst der verschuldeten Länder gegenüber den privaten, international operierenden Banken zu sichern. Zu diesem Zweck wurde das Regelwerk des "Konsenses von Washington" erarbeitet, das allen verschuldeten Ländern eine restriktive Geldpolitik, die Reduzierung von Budgetdefiziten, eine Beschränkung von Sozialtransfers, eine rigide Lohnpolitik und eine Währungsabwertung zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit und zur Erzielung von Deviseneinnahmen aus Exportüberschüssen abverlangte. Mit diesem Regelwerk wurde der Versuch gemacht, das im Zusammenhang mit den deutschen Reparationen in der Weltwirtschaftskrise nach 1929 diskutierte Aufbringungs- und Transferproblem zu lösen: Im Lande müssen Überschüsse aufgebracht werden, die exportiert werden, um aus den Deviseneinnahmen den Schuldendienst transferieren zu können. Obendrein gehören zum Programm des Washington-Konsenses die Privatisierung öffentlicher Unternehmen und Güter und damit die Beschränkung öffentlicher Räume. Dies hatte gesellschaftsverändernde Folgen in allen betroffenen Ländern.

Auch die "zweite Welt" des real existierenden Sozialismus war von der Schuldenkrise betroffen. Hohe Außenschulden und die Streiks der Solidarnosc-Bewegung verhinderten die Aufbringung der Überschüsse und führten schon 1981 zur Einstellung des Schuldendienstes in Polen (mit der Folge des Jaruzelsky-Putsches zur Disziplinierung der aufständischen Arbeiter auf den Danziger Werften und anderswo). Die Kreditkrisen in einer Reihe anderer osteuropäischer Länder (einschließlich der DDR) erzwangen die wirtschaftliche Öffnung und daher auch das Ende des "Außenhandelsmonopol". Das war der wichtigste Grund für die Kapitulation der nationalstaatlichen Plansysteme vor dem Weltmarkt. Das Ende des real existierenden Sozialismus war dann nur noch eine Frage der Zeit, der Fall der Mauer schloss 1989 das "kurze 20. Jahrhundert" (Hobsbawm) ab.

In den 1990er Jahren wurden die Schwellenländer Opfer der Finanzspekulation auf den inzwischen - auch infolge der Auflagen zur Marktöffnung im Rahmen des Washington-Konsenses - weitgehend liberalisierten Märkten. Mexiko machte 1994 den Anfang (wie schon 1982, als Mexiko den Reigen der Einstellung des Schuldendienstes im Verlauf der Schuldenkrise eröffnete), die dynamischen asiatischen Wirtschaften (die sogenannten "asiatischen Tiger") folgten 1997 und im Anschluss daran gerieten 1998 Russland und die Türkei, Brasilien 1999 und Argentinien 2001 und andere lateinamerikanische Länder in schwere Finanzkrisen, die ihnen hohe Verluste zwischen 20 bis 60 Prozent des Sozialprodukts bescherten. Der damalige geschäftsführende Direktor des IWF, Michel Camdessus, bezeichnete die Finanzkrise Mexikos schon 1994 weitsichtig als "erste Finanzkrise des 21. Jahrhunderts". Denn anders als in der Schuldenkrise der 80er Jahre des 20. Jahrhunderts waren die Kredite an einzelne Schuldnerländer inzwischen verbrieft und konnten daher an der Börse - oder außerbörslich - von Banken und Bankkonsortien gehandelt werden. Auch damals gab es bereits faule, höchst risikoreiche und folglich "toxische" Papiere, die wie der schwarze Peter auf Derivatmärkten herumgereicht wurden. Sie wurden zu immer neuen Paketen verschnürt, für die sich am untersten Ende der Werthaltigkeit sogenannte "Geierfonds" interessierten, die ein sehr hohes Risiko wegen hoher Renditeaussichten einzugehen bereit waren. Die Finanzkrise der 1990er Jahre brachte also ebenso wie die Schuldenkrise im Jahrzehnt zuvor finanzielle Innovationen, die die Fortsetzung der finanziellen Spekulation im finanzgetriebenen Kapitalismus erlaubten.

Die nächste Runde im "globalen Kasinokapitalismus" (so Susan Strange bereits in den 1980er Jahren) wurde nach der Finanzkrise Asiens und Lateinamerikas eröffnet, als die "dot.com"-Blase mit aus Asien in die USA "repatriertem" Kapital aufgepumpt wurde. Sie platzte in den USA um die Jahrhundertwende. Die wilden Versprechungen der "new economy" erwiesen sich als illusionär. Dies war ein untrügliches Anzeichen dafür, dass auch die "erste Welt" der westlichen Industrieländer nicht vor den von "ihrer Finanzindustrie" erzeugten Krisen gefeit sein würde. Doch damals ging es noch gut, dank des September 9/11 und der nachfolgenden Politik des superleichten Geldes der US-Zentralbank unter dem "billigen Jakob des Geldes", unter Alan Greenspan. Alle Welt war damals des Lobes voll und bewunderte die geniale Art und Weise, wie Greenspan die finanziellen Herausforderungen von 9/11 meisterte. Heute wird Greenspan für das verantwortlich gemacht, was nun folgte: für einen ungezügelt Immobilienboom, in dessen Verlauf auch wertlose Immobilien beliehen (subprime) und US-Haushalte mit Geld ausgestattet wurden, das sie vor allem zum Kauf von chinesischen Waren zu Konsumzwecken verwendeten. Niedrige und gar negative Sparquoten und ein explodierendes Zwillings-Defizit in Staatshaushalt und Leistungsbilanz waren die Folge.

In den USA wurde so ein Boom auf Pump angekurbelt, der den Exportnationen, in erster Linie China, aber auch Japan und Deutschland hohe Exportüberschüsse und daher Wachstum brachte. Nicht nur konnten es sich die erfolgreichen Exportnationen erlauben, die Binnenkaufkraft zu vernachlässigen und mit niedrigen

Arbeitskosten Konkurrenzvorteile zu sichern. Es konnte sich so auch eine neue geopolitische Konstellation herausbilden, in der die USA wie ein Staubsauger die Exportüberschüsse anderer Länder abgriffen. Die Supermacht USA verschuldete sich gegenüber dem Ausland immer mehr, während die Dollarguthaben sich vor allem in Asien sammelten. Auf Dauer sind "Ungleichgewichte" dieser Art nicht durchzuhalten. Sie wurden daher zum Thema der G8-Gipfel im neuen Jahrhundert. Dabei stellte sich heraus, dass die "Ungleichgewichte" auch mit jenen Nationen verhandelt werden müssen, die mit ihren rasch steigenden Dollarguthaben zu Gläubigern der Supermacht USA geworden sind. Es dauerte seine Zeit, bis die Notwendigkeit eingesehen wurde, die elitäre Gruppe der acht Industriestaaten zur Gruppe der 20 zu erweitern. Inzwischen ist dies geschehen. Denn allein China hält Devisenreserven in der Größenordnung von 1756,7 Mrd USD (Juni 2008); Russland verfügt über 554,1, Indien über 302,3 und Brasilien über 199,8 Mrd USD, um nur einige der devisenstarken Schwellenländer zu nennen. Vor allem Öl exportierende Länder sammeln die Deviseneinnahmen in Staatsfonds, deren Gesamtvermögen sich auf 2000 bis 3000 Mrd USD beläuft (EZB, Monatsbericht Januar 2009: 83; 87ff).

Die den US-Immobilienboom tragenden Papiere wurden mit Hilfe von abenteuerlichen "Finanzinnovationen" in alle Welt exportiert. Die Papiere waren mit hoher Hebelwirkung (leverage) kreditfinanziert, in Zweckgesellschaften (conduits) ausgegliedert, daher bilanzunwirksam und der Aufsicht entzogen, viele Einzelkredite unterschiedlicher Qualität wurden komplex gebündelt (strukturiert) und positiv von Rating-Agenturen bewertet, so dass ihre Attraktivität gewährleistet war, obwohl kaum jemand die Ingredienzien der in finanziellen Giftküchen "designten" Papiere kannte. Die Rating agencies hatten ja den Gütestempel draufgerückt und obendrein konnte man das Engagement in diesen Giftgemischen mit Credit Default Swaps (CDS) versichern. Es hieß immer, die USA hätten an Wettbewerbsfähigkeit verloren. Das stimmt in bezug auf Auto und Elektronik, Chemie oder Maschinenbau. Es stimmt nicht auf Märkten für Rüstungsgüter und Software, und erst recht nicht in bezug auf die Finanzprodukte, die US-Finanzakteure konkurrenzlos in aller Welt verkaufen konnten. Nachfrager fanden sie mit Leichtigkeit auf allen Kontinenten, da selbst seriöse Banker die hohe Renditen versprechenden Produkte ins Portefeuille nahmen und mit ihnen zeitweise gute Geschäfte machten. Immer mehr Banken definierten sich als Investmentbanken und vernachlässigten das verächtliche Kleingeschäft der Vermittlung zwischen Sparern und Investoren vor Ort. Denn damit waren keine Traumrenditen zu erzielen wie im Investmentbanking.

2. Vom finanzgetriebenen zum staatsgetriebenen Kapitalismus

Der Internationale Währungsfonds beziffert die Außenstände von US-Anleihen im April 2008 mit insgesamt 23.210 Mrd. USD, davon musste bis Oktober bereits insgesamt mehr als 10% als Verlust abgeschrieben werden (IMF: Global Financial Stability Report, October 2008: 15). Allein die Abschreibungen von US-Anleihen wurden Anfang Oktober 2008 vom IWF mit rund 1400 Milliarden USD beziffert. Nur einen Monat später erhöhte die Bank of England auf das Doppelte, auf 2800 Milliarden US\$. Das ist nahezu drei Mal soviel wie die Verluste, die die Bank of England noch im April des Jahres angegeben hatte (1150 Mrd US\$). Von den 2800 Mrd US\$ Verlusten entfallen 1577 Mrd US\$ auf die USA. Im Euro-Gebiet kommen noch einmal 785 Mrd US\$ und in England 127 Mrd US\$ hinzu. (vgl. Baba, Naohiko/ McGuire, Patrick/ von Peter, Goetz (2008): Highlights of international banking and financial market activity, Bank for international settlement, BIS Quarterly Review, June 2008 (www.bis.org/publ/qtrpdf/r_qt0806b.pdf); Bank of England (2008): Financial Stability Report, October 2008/ Issue No. 24 (www.bankofengland.co.uk/publications/fsr/2008/fsrfull0810.pdf); Europäische Zentralbank, Monatsbericht November 2008 (www.bundesbank.de/download/ezb/monatsberichte/2008/200811.mb_ezb.pdf).

Die Krise ist offenbar nicht unter Kontrolle zu bringen, in einigen Industrieländern, darunter auch im Mutterland des modernen Neoliberalismus, in Großbritannien, droht der Staatsbankrott. Die staatlichen Subventionen und Bürgschaften in der noch vor wenigen Monaten absurd erscheinenden Höhe von einigen tausend Milliarden USD beiderseits des Atlantik und inzwischen auch in Japan, China, Russland oder Lateinamerika scheinen das Abrutschen in den Abgrund nicht stoppen zu können. Fast täglich kommen neue finanzielle Hilfen an angeschlagene Banken und an große Industriefirmen hinzu, wie die fast 50 Mrd. USD an die Citi-Group (SZ, 25. 11.08) oder die fast läppisch erscheinenden 13,4 Mrd USD an die drei Autoritäten in den USA, oder Milliarden an die Hypo-Realestate, die schon mehr als 100 Mrd Euro Staatshilfen eingesammelt hat. Dabei sind die Verluste der Kreditkarten-Betreiber noch in den Büchern versteckt. Die "staatlichen Eventualverbindlichkeiten" im Eurogebiet, so die EZB in ihrem Monatsbericht vom November

2008, erreichen mehr als 2000 Milliarden Euro. Das wären 21% des BIP, wenn sie denn in Anspruch genommen werden. Das ist angesichts der heraufziehenden Rezession nicht unwahrscheinlich. Doch die Hoffnung stirbt zuletzt. Mit massiven monetären Infusionen, so glauben viele, müsse doch das Krisengespenst zu vertreiben und der in einer Reihe von Ländern inzwischen drohende Staatsbankrott abzuwenden sein.

Der finanzgetriebene Kapitalismus verwandelt sich unter den Sachzwängen der Krise in einen staatsgetriebenen Kapitalismus. Der Staat operiert dabei nicht als demokratischer Bürgerstaat, sondern im Interesse der Verwertung von Kapital, der Renditen von Finanztiteln. Das ist die Rationale der Interpretation des derzeitigen Wandels des Kapitalismus und seiner Regulation als einen Übergang in eine Art "privatisiertem Keynesianismus" (Crouch; Young).

3. Die Krise wird real

Die Krise hat längst das Finanzgehege verlassen und den Limes in Richtung realer Ökonomie überschritten; sie wächst sich - die Befürchtungen der Pessimisten bestätigend - zur schweren Krise der "realen" Wirtschaft aus. Die wirtschaftlichen Wachstumsraten gehen zurück, in vielen Weltregionen ist mit einem Minuswachstum zu rechnen. Die Arbeitslosigkeit steigt sprunghaft, Kurzarbeit und prekäre Beschäftigung nehmen ebenso zu wie Migrationsströme, die neue und neuartige Konflikte auslösen. Allein in China werden einige zehn Millionen Wanderarbeiter zurück in ihre Dörfer geschickt, weil Arbeitsplätze in der Exportindustrie wegfallen. Das ist nur auf den ersten Blick ein chinesisches Binnenproblem, denn es strahlt wegen der Bedeutung Chinas weit über seine Grenzen hinaus. Betroffen sind aber auch die vielen legalen und vor allem illegalen Migranten in den Ölstaaten des Vorderen Orients, in den USA oder in der EU. Die Grenzen werden für die Arbeit, ganz anders als für Waren, Direktinvestitionen und Finanzströme, noch weniger durchlässig als sie es waren. Arbeitskräfte werden in ihre Heimatländer zurückgeschickt, nicht zuletzt weil es in einer Reihe von Ländern - von Italien bis Großbritannien und Deutschland - zu fremdenfeindlichen oder rassistischen Übergriffen gegenüber Migranten gekommen ist. Die Kehrseite der Globalisierung des Kapitals sind hässliche ethnische Konflikte. So verwandelt sich die finanzielle Krise auch in eine soziale Krise, zumal wenn man berücksichtigt, dass viele Länder einen Großteil ihrer Importe aus den Rücküberweisungen von Arbeitsmigranten (remittances) finanzieren konnten. Das ist nun zunächst vorbei.

Da die Masseneinkommen in den Industrieländern unter Druck geraten, stagniert die Importnachfrage. Auch daraus ergeben sich negative Folgen für Exportländer, vor allem für Exporteure landwirtschaftlicher und mineralischer sowie energetischer Rohstoffe. Nach hohen Preisen in den vergangenen Jahren sind die Rohstoffpreise seit Krisenbeginn auf breiter Front gefallen, so dass die beschriebene Anhäufung von Devisenbeständen und von Staatsfonds durch die Wirkungen der Finanzkrise verlangsamt wird.

Die Steuereinnahmen der öffentlichen Hand sinken, so dass die Finanzierung von Sozialleistungen schwieriger wird, zumal viel öffentliches Geld vom Bankensektor zum Ausgleich der Verluste in den Bankbilanzen und für den Ersatz von verspekuliertem Eigenkapital absorbiert wird. Die "fiskalischen Kosten der gegenwärtigen Finanzmarkturbulenzen" beziffert die Europäische Zentralbank im Eurogebiet Ende 2008 auf rund 3% des BIP; eine Korrektur nach oben ist so gut wie sicher. Wenn dann gleichzeitig, wie in Deutschland, "Schuldenbremsen" in die Verfassung eingebaut werden sollen, ist es absehbar, dass die dann unweigerlich notwendigen Kürzungen der Sozialleistungen zu sozialen und politischen Konflikten führen werden. Es ist ja nicht einfach zu erklären, warum Banken und "Bankster" mit riesigen Milliardenbeträgen aus dem selbst verschuldeten Krisenschlamassel herausgehauen werden, die kleinen Leute aber dafür zahlen sollen.

Die gigantischen Beträge zur Bankenrettung könnten noch in den Schatten gestellt werden, wenn infolge der Wirtschaftskrise Unternehmenskredite ausfallen, weil sie nicht mehr ordentlich bedient werden können, und weil dann der Versicherungsfall eintritt. Dann könnten bis zu 60.000 Mrd USD Credit Default Swaps (CDS) fällig werden und den Finanzsektor trotz öffentlicher Hilfen überfordern. Besonders fatal wirkt der Umstand, dass einige Staaten bereits 2008 nahezu bankrott waren (in Europa Island, die Ukraine, Ungarn, die baltischen Staaten) und das Kreditausfallrisiko für Staatsanleihen generell gestiegen ist. Auch einige "alte" EU-Länder wie Großbritannien, Spanien oder Italien befinden sich am Rand der Pleite. Dies könnte nur durch Transfers der EZB verhindert werden. Die Maastricht-Kriterien wären dann eines der ersten Opfer der globalen Finanzkrise. Sie erweisen sich als Schönwetterkriterien, die keinem Härte-test standhalten, wie Kritiker der Europäischen Währungsunion schon immer hervorgehoben haben.

4. Im Labyrinth der Krise

Die Finanzkrise ist nur ein, wenn auch besonders wichtiges Moment der kapitalistischen Systemkrise. Diesem Sachverhalt gilt es Rechnung zu tragen, wenn nach Auswegen aus dem Labyrinth der Krise gefahndet wird. Manche Lösungsangebote für die Finanzkrise sind nämlich geeignet, die Energie-, Klima- und Ernährungsfrage zu verschärfen. Die Finanzkrise wird nämlich nicht nur real, sie wirkt sich auch auf das gesellschaftliche Naturverhältnis aus. Produktion, Zirkulation und Konsumtion verändern notwendigerweise die Natur. Umgekehrt haben die Transformationen von Stoffen und Energien und der lebendigen Natur Konsequenzen auch für die ökonomischen und finanziellen Prozesse und mithin auch für die Regulation in der Krise. Dies lässt sich zeigen, wenn wir in aller Kürze die drei derzeit meist diskutierten Lösungspakete der Finanz- und Wirtschaftskrise diskutieren: (1) die Übernahme der Bankverluste durch die öffentliche Hand, also die Sozialisierung der Verluste; (2) die massiven Investitionsgelegenheiten, die, vom Staat mit hohem Einsatz gefördert, einen neuen Aufschwung einleiten sollen und (3) die Externalisierung der Kosten der Krisenüberwindung. Jede dieser Lösungsstrategien hat Auswirkungen auf das geopolitische Koordinatensystem, auf das Verhältnis zwischen dem "globalen Norden" und dem "globalen Süden".

Erstens: Gefangen in der Liquiditätsfalle

Es ist eine Illusion zu glauben, die Krise ließe sich bewältigen, indem Geld in die klammen Kassen der Finanzinstitutionen gespült wird. Denn damit wird nicht die reale Produktion jenes Überschusses angeregt, aus dem die finanziellen Forderungen allein befriedigt werden können. Bislang sind es vor allem drei Methoden, die Banken in der Krise zu stützen. (1) Wenn die staatlichen Mittel das geschwundene Eigenkapital ersetzen oder gar der Staat Geschäftsbanken in der einen oder anderen rechtlichen Form übernimmt (Kapitalisierung der Banken), wird der drohende Konkurs abgewendet und der Bankenkollaps findet nicht statt. Der Staat kann sich am Kapital der Banken beteiligen und so selbst Eigentümerfunktionen übernehmen. Dienen jedoch die staatlichen Mittel dazu, (2) faule Forderungen aufzukaufen, dann wird der "Giftmüll" in den Banktresoren durch gutes Zentralbankgeld oder sichere Staatspapiere ersetzt. Eine "bad bank" übernimmt die auf wertlosen Papieren verbrieften faulen Kredite, um die privaten Banken mit gutem Geld wieder in "good banks" zu verwandeln. Sie ersetzen das von Managern in "irrationalem Überschwang" (Greenspan) verzockte Eigenkapital der Finanzinstitutionen. Der Staat sozialisiert die privat generierten Verluste und belastet damit die Steuerzahler. Wenn dies erfolgreich geschehen ist, soll der Staat sich wieder durch die Reprivatisierung der verstaatlichten Banken aus dem Markt zurückziehen. Der Staat kann aber auch (3) Bürgschaften übernehmen, und dabei waren sowohl die USA als auch die europäischen Staaten sehr großzügig. Sie haben jeweils hunderte von Milliarden Dollar und Euro zur Verfügung gestellt in der Erwartung, dass das Wort in dieser Krise keine Gültigkeit hat: "Wer bürgt, wird erwürgt".

Doch eine bequeme Fortsetzung des finanzgetriebenen Modells dürfte den mit milliardenschweren monetären Infusionen geretteten Finanzinstitutionen und ihren Managern nicht möglich sein. Denn die realen Renditen der vergangenen Bonanza können, wenn die vom Staat bereit gestellten Mittel denn investiert werden, nicht mehr erzielt werden. Das blendende Geschäft mit Subprime-Hypotheken ist vorbei, verbrieftes Papier wird mit dem Geigerzähler geprüft, bevor sie ins Portefeuille genommen werden, und die so profitablen langen Hebel des "leverage"-Systems werden gekürzt, um nicht erneut in die Risikofalle zu geraten. Man besinnt sich in Bankenkreisen wieder auf die Grenzen der "Kernkapitalquote". Also wird der marktgläubige Neoliberalismus wie eine aus der Mode geratene Kutte zusammen mit den kontaminierten Finanzprodukten abgelegt und mit dem dernier cri eines neoliberalen Keynesianismus modisch aufgemöbelt: "Wir müssen umdenken - ja sogar durchaus keynesianisch" meinte der neoliberale Hardliner Wolfgang Schäuble in einem Interview (Handelsblatt vom 28.11.08). Angebotspolitik, das A&O neoliberaler Politikkonzepte, ist wirkungslos, weil der private Sektor sich auf einmal risikoscheu zurückhält. Daher muss der Staat Liquidität bereitstellen, die auf dem Interbankenmarkt nicht zu bekommen ist, und obendrein mit massiver Nachfrage die Unternehmen stützen und evtl. gar entgegen dem neoliberalen Dogma übernehmen. Sonst schnappt die Liquiditätsfalle zu.

Der Staat ist aufgrund des Steuermonopols in der Lage, Einkommensflüsse an den Finanzsektor umzuleiten. Darin besteht sein einzigartiges Privileg, das nun von den privaten Finanzinstitutionen und anderen Unternehmen genutzt wird. Sogleich steht die Frage im Raum, aus welchen Steuern und von wem die Mittel erhoben werden, die den privaten Unternehmen zugeleitet werden. Wie kann die Umverteilung zu Gunsten des Finanzsektors durch "die da oben" legitimiert und die Akzeptanz des Umverteilungsmanövers durch "die da unten" erreicht werden? Unweigerlich kommt die heute so genannte Frage der "gouvernementalité" bzw.

der "governance" von globaler Umverteilung auf (Vgl. dazu Opitz, Sven (2004): Gouvernamentalität im Postfordismus, (Argument) Hamburg).

Zweitens: Ökologische Fallstricke keynesianischer Nachfragepolitik

Eine ordentliche Bedienung und Rückzahlung von Krediten ist nur möglich, wenn es einer Bank gelingt, das Geld "arbeiten" zu lassen. Sie muss also solvente neue Schuldner finden, die bereit sind, in neue Anlagefelder zu investieren. Es reicht also nicht, die monetären Titel mit Hilfe staatlicher Garantien zu retten; die reale Wirtschaft muss wieder in Gang gebracht werden und einen Überschuss produzieren, damit das Finanzsystem funktionieren kann. Das ist der Grund, warum der Staat nicht nur die Finanzinstitutionen retten muss, sondern auch in der "Realwirtschaft" dafür zu sorgen hat, dass Überschüsse zustande kommen, aus denen die Kredite des Finanzsektors bedient werden können. Da das höchst profitable Investmentbankgeschäft zunächst vorbei ist, müssen die Banken wieder mehr die Mittlerrolle zwischen "Sparern" und "Investoren" übernehmen. Diese Funktion ist in einer kapitalistischen Geldgesellschaft notwendig, nur lassen sich dabei keine Traumrenditen erzielen. Die Sparkassen, noch vor wenigen Jahren als Tante-Emma-Läden in der Welt der global finance verunglimpft, erleben ein revival. Denn neue Investitionsgelegenheiten, die finanziert werden können, gibt es.

Die ökologischen Krisen, so heißt es, würden nicht nur das Potential eines Kollapses in sich bergen, sondern auch neue Chancen für Investoren auf Finanzmärkten bieten, auch wenn diese Abstriche bei den bislang so üppigen Renditen machen müssten. Die Internationale Energieagentur (IEA) beziffert den Investitionsbedarf der Ölindustrie in den kommenden 20 Jahren mit bis zu 20.000 Mrd USD: bei der Erneuerung und dem Ausbau der Förderanlagen, beim Bau neuer Pipelines, bei Investitionen in Raffineriekapazitäten, Tanker und andere Transportvehikel etc.. Die neuen Geschäftsfelder für Finanzanleger hätten allerdings Kollateralfolgen. Das fossile Energiesystem könnte nochmals um einige Jahrzehnte verlängert werden. Das Automobil würde auch weiterhin die individuelle Mobilität gewährleisten. Das ist eine gute Nachricht für die Automobilindustrie, die durch Finanzkrise und drohenden Klimakollaps und die Auflagen, den klimaschädlichen Schadstoffausstoß zu reduzieren, auf eine rumpelige Strecke gesetzt worden ist. Doch sind die Investitionen unsicher. Denn erstens ist "Peakoil" eine ökonomisch inzwischen relevante Realität (d.h. die Ölförderung hat ihren Höhepunkt erreicht). Dann tendiert der Ölpreis nach oben, auch wenn er infolge des krisenbedingten Nachfragerückgangs und der Spekulation mit "paper oil" an den Rohstoffbörsen zeitweise sinken kann. Zweitens ist die politische Stabilität in den Ölregionen nicht nur wegen des "Staatszerfalls" und der Unregierbarkeit mancher Länder gefährdet, sondern auch wegen der politischen und militärischen Konflikte untergraben, in die die großen Ölverbraucher-Länder verwickelt sind. Drittens sind auch die globalen Logistik-Netzwerke verletzlich, wie die neuen Formen der Piraterie deutlich zeigen.

Die IEA hält es aus energiepolitischen Gründen angesichts von Peakoil auch für notwendig, in den nächsten zwei Jahrzehnten weltweit jährlich 20-30 Atommeiler ans Netz gehen zu lassen, bis 2030 also weltweit an die 1300 (vgl. auch die Dokumentation in: Süddeutsche Zeitung, 10.2.2009, S. 20). Hier lockt ein Geschäft in der Größenordnung von hunderten von Milliarden USD, hauptsächlich für die großen Energieversorgungsunternehmen. Ausstieg aus der Atomenergie? Nein danke, die Finanzkrise lässt es nicht zu. Angesichts der politischen Konflikte, die ein einziger Atommeiler im Iran heute provoziert, ist die Verbreitung von hunderten von Kernkraftwerken in aller Welt ein geradezu absurdes, ja selbstmörderisches Szenario. Es unterstreicht die Einschätzung, dass es sich bei den Krisen unserer Tage um verschiedene Ausdrucksformen einer Systemkrise der kapitalistischen Produktionsweise handelt.

Auch im Klimaschutz bieten sich günstige Investitionsgelegenheiten, jedenfalls auf den ersten Blick. Was in den Klimaberichten zunächst als eine Bedrohung präsentiert wird, erscheint auf den zweiten Blick als Chance. Im Stern-Review über die Kosten des Klimawandels werden mögliche Verluste von bis zu einem Fünftel des globalen Sozialprodukts kalkuliert. Doch gibt es die Chance, das Unglück für die Menschheit abzuwenden, wenn 1 Prozent des globalen BIP in den Klimaschutz investiert wird. Die Investitionen in den Klimaschutz werden zum großen Geschäft, wenn man den Emissionshandel im Zuge des derzeit vorbereiteten und in Kopenhagen 2009 zu verabschiedenden Kyoto II-Abkommens globalisiert. Das Volumen des europäischen Emissionshandels beträgt derzeit weniger als 100 Mrd US\$, weltweit rechnen Optimisten mit einem Potential von mehreren tausend Mrd USD, zumal wenn der Klimaschutz auch die Verhinderung der Abholzung und Degradierung der Wälder (REDD - Reduction of Emissions from Deforestation and Degradation) einbezieht. Das sind wahrscheinlich übertriebene Erwartungen, da der Emissionshandel wohl nur dann in diesen Größenordnungen in Gang kommen kann, wenn alle Länder zustimmen und viele

Branchen einbezogen werden - und wenn die Finanzmärkte sich nach der Krise "normalisieren" (vgl. zur Kritik des Emissionshandels Altvater/ Brunnengräber 2008)

Auch Investitionen zur Extraktion mineralischer Rohstoffe, zur Inwertsetzung der Meeresböden und zum Anbau von Agro-Kraftstoffen wären ein ergiebiges Anlagefeld. Ganze Landstriche können in Monokulturen von Agrosprit verwandelt werden. Doch dies wäre sehr konfliktreich. Nicht nur soziale Bewegungen, z.B. Bauernorganisationen wie *via campesina*, wehren sich mit sozialen und ökologischen Argumenten gegen die Monokulturen großer Agro-Konzerne. Auch politische und wissenschaftliche Institutionen in den Industrieländern raten wegen der negativen Konsequenzen für die Biodiversität und den Wald- und Klimaschutz zur Vorsicht (vgl. WBGU 2009).

Ob daher in diesen Geschäftsfeldern ein guter Teil des brachliegenden und nicht entwerteten bzw. durch staatliche Infusionen ersetzten Kapitals investiv absorbiert werden könnte, ist fraglich. Nur wenn der Widerstand und die Bedenken nicht existierten oder wenn sie überwunden werden könnten, kann die Verwandlung der ökologischen Bedrohung in ökonomische Chancen für Investoren gelingen. Bis dahin bleiben die erwarteten massiven Investitionen aus. Die Folgen für den Finanzsektor sind fatal. Denn die finanziellen Verpflichtungen der Banken können nur erfüllt werden, wenn sie in Forderungen gegenüber Investoren verwandelt werden. Diese müssen bedient werden und zwar real aus produzierten Überschüssen. Der Finanzsektor kann nur die eigene Krise bewältigen, wenn wieder reales ökonomisches Wachstum zustande kommt. An den Grenzen des Umweltraums führt dies unvermeidlich zu ökologischen Schäden und sozialen Konflikten.

Drittens: Geopolitische Auseinandersetzungen oder: Den letzten beißen die Hunde

Doch andererseits wird ein hoher Preis fällig, wenn die Transfers an den Finanzsektor nicht investiv in der realen Wirtschaft verwendet und die für die Bedienung finanzieller Forderungen notwendigen Überschüsse nicht produziert werden (können). Dann müssten entweder die Steuerzahler den Gürtel enger schnallen und die zu realisierenden Verluste übernehmen oder sie werden in einem inflationären Prozess umverteilt und unter den Marktteilnehmern "gestreut"; die Verluste der Finanzinstitutionen würden als Kaufkraftverlust der Währung in der globalisierten Welt alle, wenn auch sehr unterschiedlich, treffen. Im Falle der Währungsabwertung kann es wie in den 1930er Jahren zu einem Abwertungswettlauf kommen, in dessen Verlauf einzelne Länder versuchen, Marktanteile auf umkämpften Weltmärkten zu halten oder auszuweiten. Die Abwertung mit dem Ziel der Externalisierung von Finanzverlusten hingegen hat einen anderen Charakter. Den Versuch, die Verluste des Finanzsektors mithilfe einer Abwertung der Währung zu externalisieren, können nämlich nur Länder machen, deren Währung als Reservewährung gehalten wird.

Weil sehr viele Länder zum Teil sehr hohe Dollarreserven akkumuliert haben, könnten die USA mit einer Entwertung des USD erreichen, dass nicht die amerikanischen Steuerzahler sondern die externen Besitzer von Dollarguthaben mit den Billionen-Verlusten ihres Finanzsystems belastet werden. So könnten interne politische Konflikte zwar vermieden werden, doch der Preis ist hoch, selbst für die USA. Denn nun drohen geopolitische Auseinandersetzungen - zwischen den USA und den Ländern mit großen Dollar-Reserven, also zwischen den USA und der EU, China, Russland, Brasilien und anderen Schwellenländern. Diese Länder gewinnen an Einfluss, etwa im Rahmen der G20. Sie haben mitzureden bei der Regulation der globalen Finanzkrise und bei der Beseitigung der euphemistisch so genannten "globalen Ungleichgewichte".

Zwar könnte eine Abwertung Entlastung bringen, doch würde dann der US-Dollar seine Hauptrolle als Öl-Währung wohl verlieren. Die Ölexporteure würden trotz aller politischen Bindungen und Abhängigkeiten dazu übergehen, die Ölexporte auch in anderer Währung als dem US-Dollar zu fakturieren. Die USA, die zwei Drittel ihres Ölverbrauchs importieren, müssten die Importe mit Devisen bezahlen, die sie durch Exporte "verdienen" müssten. Das könnte nur bei einer positiven Sparquote in den USA gelingen. Das wären die internen Folgen der Krise. Die externen Wirkungen sind gewaltig. Die in den vergangenen Jahrzehnten "eingefahrenen" Handelsströme müssten umgeleitet werden, wenn die USA nicht mehr wie ein kreditfinanzierter Staubsauger den Weltmarkt leer fegen, sondern selbst einen Exportüberschuss erzielen müssen.

Die Finanzkrise wird daher nicht schnell vorübergehen. Sie hat strukturelle Verwerfungen in der Weltwirtschaft hervortreten lassen oder hervorgerufen und reale Strukturen sind schwerer zu ändern als finanzielle Bilanzposten, zumal wenn berücksichtigt wird, dass die Krise auch die Energieversorgung, das

DIE LINKE: Finanzkrise oder Systemkrise des Kapitalismus?

globale Klima und die Ernährung der Menschen erfasst hat.

Quelle:

http://die-linke.de/programm/wortmeldungen/archiv_die_gegenwaertige_krise/wortmeldungen/finanzkrise_oder_systemkrise_des_kapitalismus

Druckdatum: 8. Juni 2010 13:39h